

## Medienmitteilung

Thema	Mitgliederversammlung: Parolenfassung
Für Rückfragen	Roland Fischer, Parteipräsident <a href="mailto:roland.fischer@grunliberale.ch">roland.fischer@grunliberale.ch</a> / 079 422 76 60 Michèle Graber, Kantonsrätin und Vorsitzende der Grünliberalen Fraktion <a href="mailto:michele.graber@grunliberale.ch">michele.graber@grunliberale.ch</a> / 079 262 18 64 Urs Brücker, Kantonsrat <a href="mailto:ufbruecker@bluewin.ch">ufbruecker@bluewin.ch</a> / 079 403 96 00
Absender	Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern <a href="mailto:lu@grunliberale.ch">lu@grunliberale.ch</a> / <a href="http://www.lu.grunliberale.ch">www.lu.grunliberale.ch</a>
Datum	30.04.2018

glp sagt Ja zu kantonalen Energiegesetz und Nein zur Kantonalen Volksinitiative „Für eine sichere Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton Luzern“

**Die Grünliberalen haben an ihrer Mitgliederversammlung vom 30. April 2018 die Nein-Parole für das Geldspielgesetz gefasst. Die Vollgeldinitiative wurde von den Mitgliedern ebenfalls abgelehnt. Die Kantonalpartei sagt zudem JA zum kantonalen Energiegesetz und NEIN zur Kantonalen Volksinitiative „Für eine sichere Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton Luzern“**

Mit 26 Nein zu Null Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen hat sich die Mitgliederversammlung gegen das Geldspielgesetz ausgesprochen. Der erhöhte Spielerschutz ginge einher mit Netzsperrungen für ausländische Online-Casinos. Eine Annahme wäre ein grosser Eingriff in die Freiheit des Internets und könnte sogar zu einem Präjudiz für weitere Netzsperrungen führen. Gegen dieses Gesetz haben die Jungen Grünliberalen gemeinsam mit den Jungfreisinnigen und der Jungen SVP das Referendum ergriffen. Auch die Jungen Grünliberalen des Kantons Luzern haben tatkräftig Unterschriften gesammelt. Parteipräsident Roland Fischer untermauert die Parole: „Das Gesetz ist protektionistisch und ein weiterer wirtschaftspolitischer Sündenfall zum Schutz von Partikularinteressen – dieses Mal der Schweizer Casinos.« Des Weiteren haben sich die Mitglieder mit 23 zu einer Stimme bei 4 Enthaltungen gegen die Vollgeldinitiative ausgesprochen. Eine Annahme würde ein zu grosses Experiment für die Schweizer Wirtschaft mit unsicherem Ausgang darstellen.

### **JA zum Energiegesetz**

Die Mitglieder haben ausserdem das neue Energiegesetz des Kantons Luzern einstimmig angenommen. Die Ausarbeitung des neuen Energiegesetzes wurde massgeblich durch die Volksinitiative „Energiezukunft Luzern“ beschleunigt und beeinflusst. Es nimmt fast alle Forderungen der Initiative auf, weshalb die Volksinitiative vom Initiativkomitee zurückgezogen wurde. Es ersetzt das veraltete Energiegesetz aus dem Jahr 1989, und bietet eine gute Grundlage für eine zukunftsfähige Energieversorgung. Kantonsrat Urs Brücker meint dazu: „Mit dem Energiegesetz werden Arbeitsplätze im Kanton geschaffen, und die Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit der Energieversorgung wird erhöht“. Die Kantonale Volksinitiative „Für eine sichere Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton Luzern“ wurde von der Mitgliederversammlung mit 18 Nein zu einer Ja Stimme bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Die meisten Forderungen der Initianten werden bereits heute umgesetzt. „Die Initiative ist zwar gut gemeint, stellt in Wirklichkeit aber eine grosse Gefahr für die Luzerner Gesundheitsversorgung dar“, so Kantonsrätin Michèle Graber.

Zusätzlich wurden sämtliche Vorstandsmitglieder sowie auch Parteipräsident Roland Fischer und Vizepräsident Olivier Bucheli einstimmig in Ihrem Amt bestätigt.